

Geht per Mail an: deboragianinazzi@bj.admin.ch

14.6.2019

Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 13.468: Ehe für alle

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP setzt sich seit Jahren für das eigentlich Selbstverständliche ein: Die Ehe für alle. In diesem Sinne begrüsst sie den vorliegenden Vorentwurf. Eine Samenspende auch für homosexuelle Paare wird von der BDP grundsätzlich klar befürwortet. Damit eine Ehe für alle allerdings so schnell wie möglich in Kraft gesetzt werden kann, darf die Vorlage nicht überladen werden.

Zu Beginn ein paar Fakten:

In unserer Verfassung steht geschrieben, dass eine Diskriminierung aufgrund der Lebensform oder des Geschlechts unzulässig sei.

In Europa ist die Schweiz eines der letzten Länder, welches die Ehe für alle noch nicht eingeführt hat. Sogar sehr katholische Länder wie Irland haben die Ehe für alle bereits eingeführt.

Durch das Konstrukt der eingetragenen Partnerschaft werden gleichgeschlechtliche Paare rechtlich benachteiligt (z. B. Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder bei der Samenspende) sowie stigmatisiert (die Angabe des Zivilstandes bedeutet ein automatisches Coming-out). Das traditionelle Verständnis von Ehe und Familie ist nicht nur diskriminierend, sondern auch total veraltet.

Aus all diesen Gründen ist die Einführung der Ehe für alle überfällig. Gleichgeschlechtliche Paare sollen die gleichen Rechte wie auch Pflichten wie verschiedengeschlechtliche Paare haben.

Die BDP begrüsst, dass mit dieser sogenannten Kernvorlage das Ziel verfolgt wird, die Ehe für alle schnellstmöglich einzuführen. In einem zweiten Schritt - nach der Grundsatzabstimmung, welche aus Sicht der BDP mit einer wesentlich höheren Zustimmung gewonnen werden kann, wenn die Vorlage nicht überladen wird - müssen unverzüglich die weiteren Aspekte wie Sozialversicherungsrecht und Fortpflanzung geregelt werden. Deshalb muss dieser Vorentwurf so schlank als möglich formuliert werden, damit das Gesetz so rasch als möglich in Kraft treten kann. Die Thematik der Samenspende auch für homosexuelle Paare ist demnach mit einer Revision der Fortpflanzungsmedizin zu behandeln. Dort müssen dann auch die Eizellenspende (für hetero- wie auch homosexuelle Paare), deren Einführung von der BDP in einem Vorstoss gefordert worden ist, und die Leihmutterchaft thematisiert

werden. Die BDP ist überzeugt, dass dieses zweite Paket schneller und effizienter beschlossen wird, wenn sich zuvor das Volk im Grundsatz deutlich für die Ehe für alle ausgesprochen hat. Ein Überladen der jetzigen Kernvorlage könnte dieses zum Scheitern bringen, was die BDP nicht riskieren möchte.

Die BDP fordert, dass die weiteren nötigen Revisionen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Diese müssen unverzüglich nach der Abstimmung über die Kernvorlage angegangen werden.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz